



Regierungsratsbeschluss vom 17. März 2020

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD; Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich (StADG); Vernehmlassung

P191847

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen.

Begründung

Die Einführung einer gesetzlichen Grundlage für die Umsetzung von Verständigungsverfahren ist zu begrüßen, da sie die Rechtssicherheit für die steuerpflichtigen Personen und die betroffenen Behörden erhöht. Damit verbessert sich auch die Qualität des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Zu befürworten ist auch, dass die zuständigen Steuerbehörden vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) über die eingereichten Gesuche um Einleitung des Verständigungsverfahrens informiert werden und sie Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten, da die Steuerbehörden als veranlagende Behörden oft über detailliertere, dem SIF unter Umständen nicht bekannte Informationen über die gesuchstellende Person verfügen, welche für die Verständigungsverhandlungen (strategisch) nützlich sein können.

